

25/9 1914.

6. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Meine hoch-
geehrten Herren! Am 14. Juli 1914 hat der Gemeinderat eine
Geschäftsitzung abgehalten und mit derselben die Ferien ange-

reten. Damals wurde die Verfügung genehmigt, daß dringende
Angelegenheiten, die der Beschlußfassung des Gemeinderates
unterliegen, im Laufe der Ferien durch den Stadtrat gegen
nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat erledigt
werden können.

Nun, die kaum begonnene Zeit der Ruhe wurde jäh unter-
brochen und durch den Kriegsausbruch wurden Bürgermeister
und Stadtrat genötigt, in einer ganzen Reihe von Fällen, die
weit über den Rahmen der kurrenten Verwaltung hinausreichen,
dringende Verfügungen zu treffen, Verfügungen welche heute Ihrer
Genehmhaltung unterliegen.

Nach dem Kriegsausbruche war es die erste Pflicht der
Gemeindeverwaltung, alles anzubieten, damit die Durchführung
einer Militär-Angelegenheiten gesichert werde, die nach den be-
stehenden Gesetzen der Gemeinde unterliegen. Selbstverständlich
wurde alles getan, um in der Gemeinde Wien diesen Verpflichtungen
voll und ganz zu entsprechen. Die Gemeindeverwaltung war aber
auch bemüht, über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus den
Anforderungen der Militärverwaltung nachzukommen.

Ein besonderes Augenmerk habe ich von vornherein darauf
gerichtet, den wirtschaftlichen Übelständen, die der Krieg mit sich
brachte, tunlichst zu begegnen. Unmittelbar nach Ausbruch des
Krieges zeigten sich in wichtigen Lebensmitteln Preistreibereien,
denen ich mit aller Energie an den Leib rückte. (Lebhafter Bei-
fall.) Es wurde damals eine Reihe von Vorschlägen gemacht, welche
ich aber nicht zur Durchführung brachte. Unter diesen nahm ins-
besondere die Forderung nach Maximaltarifen einen breiten
Raum ein.

Meine geehrten Herren! Ohne diese Maßnahme für die Zukunft
auszuschließen, wäre sie damals nach meiner innersten Überzeugung
verderblich gewesen. (Rufe: Sehr richtig!) Es wäre nämlich
gerade durch die Maximaltarife eine Steigerung der Lebens-
mittelpreise bis zum Maximum eingetreten. Wie soll ich den
Kleinhändler zum Maximaltarif verpflichten, wenn nicht auch für
den Großhändler Maximaltarife bestehen? (Rufe: Sehr richtig!)
Es wäre eingetreten, was man unter allen Umständen vermeiden
muß, daß nämlich viele Detailhändler ihre Geschäfte hätten
verlieren müssen, weil sie nicht in der Lage gewesen wären, zu
den Preisen, die die Behörden vorgeschrieben hätten, zu ver-
kaufen.

Ich habe hier eine Tabelle vom Marktamt ausarbeiten
lassen, einen Vergleich zwischen den Preisen der notwendigen
Lebensmittel am 20. September 1913 und am 20. September
1914. Ich muß ohneweiters zugeben, daß die Preise gewisser
Artikel angezogen haben, ich zähle da insbesondere Zucker und
Mehl auf, aber noch immer nicht so, daß von einer bedrohlichen
Steuerung gesprochen werden könnte. Andere Artikel sind aber
billiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Während am
20. September 1913 auf unseren Märkten die Kartoffeln 16 bis
24 h per Kilo notierten, haben sie heuer 8 bis 16 h gelostet.
Wie die Herren sich auf unseren Märkten überzeugen können,
sind die Zufuhren so reichlich, daß gewiß dieses wichtige
Nahrungsmittel des Volkes allen zur Verfügung steht. Ich will
darauf hinweisen, daß insbesondere auch Fajolen, Paradeiser und
anderes Gemüse reichlich und zu entsprechenden Preisen verkauft
wurden. Obst, insbesondere Zwetschken, sind zu Preisen, wie sie
noch selten früher verkauft wurden, auf unseren Märkten er-
hältlich. Es wird gewiß meine und der gesamten Gemeindeverwaltung

Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß genug und zu entsprechenden
Preisen Lebensmittel feilgehalten werden. (Allseitige Zustimmung.)
Ich habe bisher von dem durch eine Notverordnung ein-
geräumten Recht der Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten
keinen Gebrauch gemacht, aber ich behalte mir vor, eventuell in
Zukunft, wenn von irgend einer Seite Preistreibereien verursacht
würden, rücksichtslos vorzugehen und entsprechende Anträge dem
Statthalter zu unterbreiten. (Lebhafter Beifall.)

Sie wissen, daß auch plötzlich durch eine Panik im
Publikum ein Hartgeld-Rummel entstand. Ich habe dafür Sorge
getragen, daß die bei den Straßenbahnen eingehenden kleinen
Münzen sofort wieder dem Verkehr zugeführt wurden. Es
wurde den auf den Märkten amtierenden Markt-Kommissären
eine große Menge Kleingeld zur Verfügung gestellt und tat-
sächlich war kaum nach einer Woche der Hartgeld-Rummel vor-
über. Ich muß bemerken, daß es ungemein töricht ist, wenn
gewisse Personen aus dem Publikum sich einbilden, daß sie mit
der Thesaurierung von Kronen- oder Nickelmünzen einen be-
sonderen Schatz in ihren Strümpfen bergen. Diese Strumpfgeld-
Theorie ist töricht und auch nicht im Werte der Metallmünzen
gelegen.

Ich habe es weiters als meine vornehmste Pflicht erachtet,
dafür zu sorgen, daß den Familien der eingerückten Reservisten
die Unterhaltsbeiträge, die ihnen nach dem Gesetze vom
Jahre 1912 zugesichert worden sind, so rasch als möglich zu-
kommen.

Ich habe durch Beamte die Erhebungen pflegen lassen und
war bemüht, sie zu einer raschen Erledigung im Schoße des
Magistrates zu bringen. Ich habe auch wiederholt beim
Herrn Statthalter interveniert, damit auch bei der Landesstelle
mit aller Beschleunigung gearbeitet werde.

Meine Herren! Ich werde Ihnen einige Ziffern nennen, die
gewiß bei Ihnen allen Befriedigung erwecken werden. Es sind
bisher 82.063 Ansuchen um Unterhaltsbeiträge eingebracht worden
und am Tage der Berichterstattung, das ist also am heutigen
Tage, waren 2469 unerledigt. Das sind also nur die laufenden,
die von dem jetzigen Aufgebote herrühren. (Beifall.) Wenn Sie
bedenken, daß in Wien 82.000 Personen staatlich unterstützt
werden, wird man den Segen des Gesetzes voll und ganz be-
greifen können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Sie berücksichtigen,
daß der Unterhaltsbeitrag durchschnittlich 3 bis 4 K beträgt,
so kann man berechnen, daß täglich eine Summe von nahezu
300.000 K den Familien zukommt, das sind im Monat
9.000.000 K. (Rufe: Hört!) Das Geld bleibt ja nicht in den
Händen der damit Beteiligten, es fließt ja zu allen Geschäfts-
leuten zurück und es ist gewiß bezeichnend, daß jetzt in diesen
Kriegszeiten im kaiserlichen Verjahamte über eine Million Pfänder
ausgelöst worden sind.

Ich gebe ohneweiters zu, daß eine Frau, die nur ein Kind
unter acht Jahren hat, am schlechtesten daran ist; sie bekommt
1 K 98 h täglich. Am besten ist vielleicht eine Frau mit einem
größeren Kinde über 8 Jahren und zwei Kindern unter 8 Jahren
daran, sie bekommt 3 K 98 h, also 4 K pro Tag, und es mag
wohl manche Arbeiterfrau, solange der Mann in Arbeit stand,
nicht soviel Geld pro Tag für die Besorgung des Haushaltes
erhalten haben. (Zustimmung.) Ich begrüße dies aber und glaube,
der österreichische Reichsrat, der wohl nicht viele Verdienste auf-
zuweisen hat, hat mit diesem Gesetze sich wirklich ein Verdienst